

## Dienstag, 21. Oktober 2025 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsidentin Valérie Favre Accola
Protokoll:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 117 Mitglieder entschuldigt: Hoch, Nicolay, von Tschärner
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

*Standespräsidentin Favre Accola:* Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Wir behandeln nun die Anfrage Bundi betreffend Überdachung der Hauptstrasse H19 im Gebiet der Fraktion Ilanz. Regierungsrätin Maissen vertritt bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Grossrat Bundi an, sind Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt? Sie haben vier Minuten Zeit für eine Stellungnahme oder beantragen Sie Diskussion?

### **Anfrage Bundi betreffend Überdachung der Hauptstrasse H19 im Gebiet der Fraktion Ilanz** (Wortlaut GRP 6/2024-2025, S. 902)

#### *Antwort der Regierung*

Zu Frage 1: Der Abschnitt der H19 Oberalpstrasse zwischen den Anschlüssen Ilanz Ost und Ilanz West wurde vor rund 15 Jahren im Rahmen des Bauprojekts Instandsetzung Schluuin – Rueun sowie mit dem Bau der Umfahrung Ilanz West (Anschluss Lugnezerstrasse) umfassend instandgesetzt. Im Jahr 2016 erfolgte die Eröffnung der Umfahrungsstrasse Ilanz mit dem Ziel, die Ortsteile Sontga Clau Sura und Sontga Clau Sut vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Eine Einhausung der H19 im Gebiet der Fraktion Ilanz stand zu jener Zeit nicht zur Diskussion.

Für die Gemeinde Ilanz/Glion (Fraktion Ilanz) genehmigte die Regierung bereits am 21. März 2000 ein Lärmsanierungsprojekt (Erstsanierung; Regierungsbeschluss Prot. Nr. 471/2000). Mit dem Lärmsanierungsprojekt Ilanz/Glion 2020 folgte ein zweites Sanierungsprojekt, welches die Regierung mit Beschluss vom 8. November 2022 (Prot. Nr. 842/2022) genehmigte (Folgesanierung). Im Rahmen der Lärmsanierung wurde eine Überdachung der H19 als Lärmschutzmassnahme nicht in Erwägung gezogen, weil eine solche die wirtschaftliche Tragbarkeit und somit das Erfordernis der Verhältnismässigkeit aufgrund der hohen Kosten nicht erfüllt hätte.

Zu Frage 2: Der aufgeführte Mehrnutzen einer Überdachung der H19 wie die genannte Stadtbildwirkung, Reduktion der Barrierewirkung, Innenentwicklung und Baulandgewinn, touristische und landschaftliche Auf-

wertung etc. ist grundsätzlich nachvollziehbar. Gemäss Art. 2 Abs. 1 des Strassengesetzes des Kantons Graubünden (StrG; BR 807.100) sind Kantonsstrassen und ihre technischen Einrichtungen nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschonung zu projektieren, zu bauen und zu unterhalten. Mit dem aktuellen Ausbaustandard sind diese Vorgaben erfüllt. Mit Blick auf diese Grundsätze stand die Einhausung der H19 bisher nicht zur Diskussion und wurde nicht weiter geprüft. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis wäre aufgrund der Erfahrungswerte unverhältnismässig.

Zu Frage 3: Wie bereits erwähnt, fand in der Gemeinde Ilanz/Glion kürzlich die Strassenlärmsanierung (Zweit-sanierung) statt. Das Lärmsanierungsprojekt umfasste alle lärmrelevanten Kantons- und Gemeindestrassen. Es deckte damit alle Gebiete der Gemeinde Ilanz/Glion ab, für welche aufgrund des generellen Lärmbelastungskatasters eine erhebliche Lärmbelastung festgestellt wurde. Derzeit sind aus Gründen des Lärmschutzes keine weiteren Massnahmen notwendig. Der Schutz der Bevölkerung vor übermässigem Lärm ist eine Daueraufgabe. Deshalb sind die Strasseneigentümer verpflichtet, ihre Anlagen in Bezug auf deren Lärmbelastung periodisch zu überprüfen und entsprechende Lärmsanierungsprojekte zu erstellen. Sollte sich die Ausgangslage grundlegend ändern (Verkehrsaufkommen, weiterer Strassenausbau etc.), wird ein neues Lärmsanierungsprojekt erstellt.

Aus Sicht des Hochwasserschutzes bringt eine Einhausung der H19 keinen Nutzen, da dadurch nicht mehr Platz für eine Gerinneaufweitung des Rheins entstehen würde.

Der Abschnitt der Oberalpstrasse zwischen den Anschlüssen Ilanz Ost und Ilanz West wurde vor 15 Jahren im Rahmen des Bauprojekts Instandsetzung Schluuin – Rueun umfassend instandgesetzt. Insofern sind in den kommenden 20 bis 30 Jahren aus baulicher Sicht keine umfangreichen Unterhaltsmassnahmen erforderlich bzw. vorgesehen.

Aus diesen Gründen erachtet die Regierung die Aufnahme eines Projekts für die Überdachung der H19 im Gebiet der Fraktion Ilanz in das Strassenbauprogramm kurz- bis mittelfristig nicht als angezeigt.

*Bundi:* Ich bin von der Antwort der Regierung nicht befriedigt und verlange Diskussion.

*Antrag Bundi*  
Diskussion

*Standespräsidentin Favre Accola:* Sie haben gehört, Grossrat Bundi beantragt Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Sie können sprechen.

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Bundi:* Wie aus der Antwort der Regierung hervorgeht, besteht in den nächsten Jahrzehnten kein Handlungsbedarf seitens des Kantons. Alle Punkte meiner Anfrage wurden mit einer mehr oder weniger negativen Antwort abgetan. Laut der Regierung sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben. Mich würde diese Analyse interessieren. Welche Parameter wurden da berücksichtigt? Auf welcher Grundlage wurde diese erarbeitet? Ich befürchte aber, dass es diese Analyse gar nicht gibt und dass man das Kosten-Nutzen-Verhältnis gar nie eruiert hat. Die Steigerung der Lebensqualität für die Bevölkerung von Ilanz/Glion scheint die Regierung nicht zu interessieren. Die Überdachung der H19 wäre ein entscheidender Wendepunkt für Ilanz. Ein direkter Eingang auf der Nordseite hätte mehr Wohn- und Lebensraum bewirkt und damit auch eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität für alle. Mit dem Nein zu diesem Projekt wird nun laut Regierung in den nächsten 20 bis 30 Jahre kaum etwas passieren.

Bedenklich und schade finde ich, dass man vor dieser Strassensanierung nicht auch weitere Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Stadt Ilanz geprüft und erarbeitet hat. Der Gemeindevorstand von Ilanz/Glion hat im Legislaturprogramm 2022 bis 2025 explizit das Ziel verankert, die Grundlagen für die Überdachung der Oberländerstrasse H19 im Raum Sontga Clau zu schaffen. Technisch sei das Projekt zwar herausfordernd, aber machbar. Ich fordere hiermit die Regierung und die Verantwortlichen des Strassenbauamtes des Kantons Graubünden auf, bei der nächsten Sanierung mit den Verantwortlichen der Gemeinde Ilanz/Glion in Kontakt zu treten, damit eine gute Lösung mit einer Überdachung realisiert werden kann. Dass aus Sicht der Regierung eine Aufnahme in das Strassenbauprogramm als nicht dringlich erachtet wird, ist mehr als nur enttäuschend und nimmt die Anliegen der Anwohner und der Bevölkerung von Ilanz/Glion nicht ernst. Wir von der FDP Surselva werden auf jeden Fall am Ball bleiben und uns für dieses zukunftssträchtige Projekt zugunsten der Anwohner, der Bevölkerung und der Ortsentwicklung von Ilanz/Glion einsetzen.

*Candrian (Ilanz):* La risposta dalla Regenza ei naturalmein donn, mo ina capeivla ed informativa risposta. Ei va per treis puncts: mesiras encunter canera, scaffir spazi da recreaziun en vischinonza e dapli spazi da habitar concentrau. Quei ei treis fetg impurtontas e bunas tematicas che nus vein en tuttacass da tematisar el futur. Jeu sai segirar miu sustegn era el parlament communal dad Ilanz/Glion, per exempel cun surdar l'incumbensa d'ela-

vurar ina studia pertuccont igl access al Rein da Glion e documentar la qualitat da viver per tuttas e tuts. In tetg per la via cantunala H19 savess esser ina buna schligiazion. Forsa tonscha era in piogn da lenn cun punteras fixadas per saver guder il sulegl ed il ruaus ella pausa da miezdi. Ulteriur da quei vein nus arisguard il Rein era da tener en egl mesiras concernent la hidrodinamica dalla Confederaziun. Quella pretenda per exempel, che la temperatura resta datier il stan natural ed era ch'il nivel dall'aua ha buc in'aulta fluctuaziun enteifer il decuors dil di. E quei ei era essenzial per la natira ella Ruinaulta, mo era per il sport sill'aua. Nus vein udiu oz, quei ei ina purschida dil turissem da stad che daventa gie pli e pli relevanta era per nossa regiun. Perquei, engraziel fetg per tia damonda ed jeu sustegn tei era vinavon cun quei votum.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann erteile ich der Regierungsrätin Maissen nun das Wort.

*Regierungsrätin Maissen:* Als ehemaliges Mitglied des Gemeindeparlaments Ilanz/Glion und als ehemalige Kollegin des Gemeindevorstandsmitglied Bundi freut es mich natürlich sehr, dass diese Idee, die wir damals zusammen im Rahmen des kommunal-räumlichen Leitbilds der Gemeinde entwickelt haben, nach wie vor Aktualität genießt. Mittlerweile habe ich nicht die Front gewechselt, aber den Sessel, und muss hier etwas eine andere Betrachtungsweise einnehmen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Antwort der Regierung nicht einfach grundsätzlich negativ ist, aber es ist eine Tatsache, dass dieser Streckenabschnitt der Kantonsstrasse erst gerade vor 15 Jahren umfassend saniert und Instand gebracht worden ist. Also es wurden umfassende Investitionen getätigt, die erst in 20, 30 Jahren wieder erneuert werden. Wir können uns es nicht leisten, und wenn ich auch an all die vielen Aufträge für neue Strassenbauvorhaben denke, die in den letzten zwei Jahren in diesem Rat überreicht worden sind, können wir es uns nicht leisten, Substanz, die noch werthaltig ist, einfach so abzureissen und mit einer anderen, teuren Infrastruktur zu ersetzen. Deshalb ist es so, die Gesamterneuerung dieses Abschnittes, die wird erst in 20, 30 Jahren zu einem Thema, aber sicher wird dann der Kanton frühzeitig mit der Gemeinde in Kontakt treten, um die Umstände dieser Sanierung anzuschauen.

Im 2020 wurde dann noch ein Lärmsanierungsprojekt gemacht und bei diesem Lärmsanierungsprojekt wurde natürlich nicht eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse für Mehrwerte, die ausserhalb dieser Aufgabe Lärmsanierung auch noch entstehen könnten, gemacht. Also insofern wurde nicht ein Kosten-Nutzen-Verhältnis analysiert, das sämtliche Aspekte eines solchen Projektes betrachten würde. Es wurden nur aus der Perspektive, im Jahr 2020, aus der Perspektive der Lärmsanierungsmassnahmen, die Kosten analysiert und es gibt auch kein Projekt. Aber eine Überdachung der H19 über eine Länge von zirka 400 Meter würde mindestens 20 Millionen Franken an Kosten bedeuten, aber das ist jetzt nur mal eine Schätzung, die wir aus Vergleichsprojekten entnommen haben. In diesem Sinne ist es für die Regierung

eben eine Tatsache, dass jetzt im nächsten oder vielleicht auch übernächsten Strassenbauprogramm dieses Projekt wahrscheinlich noch kein Thema sein wird und in der Zukunft, weiteren Zukunft, werden wir dann sehen.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Damit haben wir auch diese Anfrage behandelt und wir kommen nun zur Anfrage Rutishauser betreffend Situation der Prostitution im Kanton Graubünden. Regierungsrat Peyer vertritt bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Grossrätin Rutishauser an, sind Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt? Sie haben vier Minuten Zeit für eine Stellungnahme oder beantragen Sie Diskussion?

**Anfrage Rutishauser betreffend Situation der Prostitution im Kanton Graubünden** (Wortlaut GRP 6/2024-2025, S. 900)

*Antwort der Regierung*

Zu Frage 1: Der Kanton Graubünden erfasst keine systematischen und vollständigen Daten zur Anzahl der in der Sexarbeit tätigen Personen. Mit der Aufhebung des sogenannten Tänzerinnenstatuts auf den 1. Januar 2016 werden Sexarbeitende aus EU/EFTA-Staaten ausländerrechtlich wie alle anderen Berufsgruppen erfasst. Für Sexarbeitende, die maximal drei Monate tätig sind, gilt eine Meldepflicht. Die entsprechenden Meldungen beim Stellenantritt werden dem Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit übermittelt. Eine statistische Auswertung dieser Daten nach Berufsgruppen erfolgt jedoch nicht.

Zu Frage 2: Die Kantonspolizei Graubünden führt keine Statistik zu Einsätzen im Zusammenhang mit Sexarbeitenden.

Zu Frage 3: Die regionalen Sozialdienste des Kantons Graubünden bieten allen Menschen bei persönlichen, familiären oder finanziellen Problemen Unterstützung an. Dabei steht das persönliche Gespräch zwischen der hilfesuchenden Person und der Beraterin oder dem Berater im Zentrum. Zudem unterstützt die Beraterin bzw. der Berater die hilfesuchende Person dabei, sich in Institutionen, bei rechtlichen Fragen und hinsichtlich der vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten zurechtzufinden. Die Beratung der Opferhilfe ist für alle Menschen da, die in der Schweiz durch eine Straftat körperlich, psychisch oder sexuell beeinträchtigt worden sind. Die Unterstützung erfolgt unabhängig davon, ob eine Strafanzeige eingereicht wird. Ferner werden Sexarbeitende durch die Aids-Hilfe Graubünden (Fachstelle für Prävention und Beratung), die adebar (Fachstelle für sexuelle Gesundheit und Familienplanung) sowie durch das Beratungszentrum Graubünden (Fachstelle Recht in sämtlichen Lebensbereichen) unterstützt und beraten.

Zu Frage 4: Derzeit besteht keine Absicht der Regierung, eine spezialisierte, zentrale Anlaufstelle ausschliesslich für Sexarbeitende zu schaffen. Für Menschen, die im Bereich der sexuellen Dienstleistungen arbeiten, stehen bereits vorhandene Beratungsstellen und Hilfsangebote

zur Verfügung, wodurch ein niederschwelliger Zugang zur Unterstützung sichergestellt wird.

*Rutishauser:* Mit der Antwort der Regierung bin ich nicht zufrieden und verlange Diskussion.

*Antrag Rutishauser*  
Diskussion

*Standespräsidentin Favre Accola:* Sie haben gehört, Grossrätin Rutishauser beantragt Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Sie können sprechen.

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Rutishauser:* Ja, wir sprechen jetzt über eine besonders verletzte Personengruppe, über Menschen in der Prostitution. Es geht nicht um eine gewöhnliche Erwerbstätigkeit, sondern um Menschen, die häufig Gewalt, Ausbeutung und Abhängigkeit erleben. Der Bundesrat hält fest, die Arbeit im Sexgewerbe ist überdurchschnittlich oft mit prekären Lebenslagen verbunden. Es braucht also spezifische Schutzmassnahmen.

Die Antwort der Regierung auf meine Anfrage überzeugt mich nicht. Sie sagt, es gibt keine Daten, die bestehenden Angebote genügen, eine Fachstelle sei nicht nötig. Ich sage, das genügt nicht. Prostitution ist in aller Regel geprägt von Abhängigkeit, Armut, Stigmatisierung und einem hohen Risiko für Gewalt. Viele Betroffene sprechen unsere Sprache nicht, kennen die Strukturen nicht oder haben Angst, Hilfe zu suchen. Und die grosse Mehrheit möchte aussteigen, wenn sie eine echte Alternative hätte.

Unsere Bundesverfassung verpflichtet uns zur Wahrung der Menschenwürde und zum Schutz vor Notlagen. Das Strafgesetzbuch und die Istanbul-Konvention verlangen Schutz vor Ausbeutung und Missbrauch. Die Regierung verweist auf Opferhilfe, Adebar, Aidshilfe und Sozialdienste. Diese Organisationen leisten tatsächlich sehr wertvolle Arbeit. Seit einem Austausch mit der Geschäftsleiterin der Aidshilfe weiss ich auch, wie diese in ihrem Fall genau aussieht. Sie berät Frauen in der Prostitution und sucht sie an ihrem Arbeitsorten auf. Doch die Ressourcen reichen nicht aus, um diese Arbeit kantonsweit umfassend zu leisten. Ebenso fehlt eine niederschwellige Rechtsberatung zu Fragen des Aufenthalts-, Arbeits- und Sozialrechts. Hier ist die Regierung in der Pflicht, den Leistungsauftrag der Aidshilfe zu erweitern, damit sie ihre aufsuchende Tätigkeit im ganzen Kanton fortführen kann und zusätzliche Mittel bereit zu stellen, um eine Rechtsberatung für betroffene Personen über eine geeignete Organisation zu ermöglichen. Daneben braucht es ein Monitoring zur Situation der Prostitution, um Gewalt, Abhängigkeit und Ausbeutung sichtbar zu machen, Ausstiegsprogramme mit realistischen Perspektiven, Sensibilisierung von Polizei, Sozialdiensten und weiteren Behörden auch für diesen sensiblen Bereich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht um Moral, sondern um Menschenwürde, Schutz und Verantwortung. Wir dürfen Menschen in der Prostitution nicht wie Angehörige einer normalen Berufsgruppe behandeln. Sie

sind besonders gefährdet und brauchen besonderen Schutz und besondere Angebote. Ich vertraue der Regierung, dass sie trotz ihrer negativen Antwort sich dieser unbestritten grossen Herausforderung umsichtig und kompetent annehmen wird.

*Bergamin:* Die Antwort der Regierung zeigt, es gibt keine Daten, keine Strategie und keine Perspektiven für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen. Wir fordern öffentlich finanzierte Ausstiegshilfen mit echten Alternativen, mit beruflicher Begleitung und sozialer Unterstützung. Wer aussteigen will, soll auch eine Chance dazu haben. Zentral scheint uns eine juristisch kompetente Stelle, die über die Fachkenntnisse im Aufenthalts-, Arbeits- und Sozialrecht verfügt, Kompetenzen, die der Aidshilfe trotz ihres grossen Engagements fehlen. Diese rechtliche Beratung ist entscheidend, damit Betroffene ihre Rechte kennen und durchsetzen können. Wir brauchen Zahlen und Fakten. Solange niemand weiss, wie viele Menschen betroffen sind, wo sie arbeiten oder unter welchen Bedingungen sie leben, bleibt jede Massnahme ein Blindflug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie schon Kollegin Rutishauser betont hat, wir reden hier nicht über Moral, sondern über Verantwortung. Der Kanton darf sich hier nicht hinter bestehenden Sozialdiensten verstecken. Er muss handeln mit Taten, mit rechtlicher Kompetenz und mit politischem Willen. Es geht um Schutz, um Perspektiven und letztlich auch um den Mut, hinzuschauen, wo andere lieber wegsehen.

*Bisculm Jörg:* In meinem Votum spreche ich nicht von den fünf bis zehn Prozent selbstständigen und selbstbestimmten Menschen, die freiwillig beziehungsweise ohne Zwang in der Prostitution arbeiten. Ich spreche von den anderen. 85 Prozent der prostituierten Frauen in der Schweiz sind Migrantinnen. Frauen, die sich aus Mangel an Alternativen oder wirtschaftlicher Not prostituieren, die einer schutzlosen Gesellschaftsgruppe angehören. 60 Prozent haben in der Kindheit sexuelle Gewalt erlebt und 89 Prozent möchten aus der Prostitution aussteigen. Die Prostitution ist geprägt von Gewalt, Zwang, Misshandlung und Unterdrückung und jede fünfte geschädigte Person ist unter 18 Jahren alt. Diese Zahl war schwierig zu verifizieren, denn hier hat es keine einheitliche Erfassungspraxis.

Und das ist es, was mich an der Antwort der Regierung etwas stört. Es gibt, das sagt die Antwort, keine systematischen und vollständigen Daten zur Anzahl der in der Sexarbeit tätigen Personen. Und weiter steht: «Die Kantonspolizei Graubünden führt keine Statistik zu Einsätzen im Zusammenhang mit Sexarbeitenden.» Geschätzte Damen und Herren, hier müssen wir umdenken. Wir brauchen mehr Zahlen, denn nur mit Zahlen wissen wir überhaupt, womit wir umzugehen haben. Und wir brauchen Strukturen, wir haben es vorher gehört von meinen Kolleginnen, die den Frauen helfen, vor allem auch beim Ausstieg. Wir brauchen ein Umdenken. Prostitution ist nicht Arbeit, aber Prostitution ist Missbrauch, Zwang und Ausbeutung. Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der Prostitution erlaubt ist, der Kauf von Menschen, fast immer von Frauen? Das ist unvereinbar mit unseren

Werten wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Respekt. Die vorliegende Anfrage soll ein Anstoss sein, dies zu bedenken und längerfristig Massnahmen in Angriff zu nehmen.

*Said Bucher:* Ich möchte den Vorrednern, Vorrednerinnen nur sehr wenig beifügen. Ich habe mal eine Maturaarbeit betreut von jemandem, der über Sexarbeit und Prostitution geschrieben hat und ein gutes Beispiel eben für den niederschweligen Zutritt und einen dauernden niederschweligen anonymen Zutritt war in Zürich, der Bus für die Prostituierten, der immer da war. Die Frauen konnten dort essen gehen, die Frauen konnten sich direkt dort melden, wenn sie geschlagen worden sind, wenn sie sexuelle Gewalt erlebt haben. Und sie konnten sich auch dort melden, wenn sie das Gefühl hatten, sie möchten vielleicht aussteigen. Und solche niederschweligen Dauerangebote wären eben neben dem, was wir bis jetzt haben, sehr positiv. Das einfach als Ergänzung.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann erteile ich Regierungsrat Peyer nun das Wort.

*Regierungsrat Peyer:* Mich hat das Vorgehen der Erstunterzeichnenden etwas erstaunt. Und ich glaube, dass das nicht sehr glücklich war. Grundsätzlich kann die Regierung diejenigen Fragen aus einer Anfrage beantworten, die eingereicht worden sind und die gestellt wurden. Wenn dann medial nachgezogen wird, sprich der Regierung vorgeworfen wird, ihre Antworten seien beschämend und Forderungen in den Raum gestellt werden, die nie Bestandteil der Anfrage waren, dann ist das auch etwas unfair. Die Bündner Zeitung hat sich online und in der Ausgabe vom 15. September 2025 dem Thema angenommen. Gemäss diesem Zeitungsbericht haben die Erstunterzeichnerinnen, ich zitiere, «ganz klare politische Forderungen. In Graubünden soll es öffentlich finanzierte Ausstiegshilfen mit konkreten Angeboten und Alternativen für Betroffene geben.» Ich meine, es wäre wohl sinnvoll, wenn schon, einen solchen entsprechenden Auftrag einzureichen. Dabei stellt sich aber auch die Frage, ob die richtige politische Ebene gewählt wird. So heisst es im Zeitungsartikel weiter, ich zitiere: «Die arbeitsrechtlichen und versicherungstechnischen Rahmenbedingungen sollen so angepasst und vereinfacht werden, dass Prostituierte nicht durch Unwissen und mangelnde Sprachkenntnisse mit dem Gesetz in Konflikt kommen.» Diese Forderungen kann die Regierung absolut nachvollziehen. Sie sind aber klar auf Bundesebene zu adressieren. Sozialversicherungsrecht ist nun mal nicht Kantonsrecht. Es mag wahrscheinlich zum politischen Spiel gehören, dass politische Vorstösse auch medial begleitet werden. Ich glaube, es nützt den Betroffenen aber so nichts.

Und es wird der Sache auch nicht gerecht. Prostitution ist ein weltweites Phänomen, sehr komplex, mit vielfältigen Fragestellungen, wie ökonomischem und sozialem Status, Herkunft, gesellschaftlicher Stellung. Es betrifft Bereiche wie Migration, Menschenhandel, Gleichberechtigung, Bildung, Gesundheit, Arbeitsrecht und vieles mehr. Alleine schon diese Themenbreite zeigt, dass es

schwierig ist, von der Regierung zu erwarten, sie könne aufgrund einer Anfrage aus dem Parlament auf zwei A4-Seiten Text fundiert einen Beitrag leisten, der dem Thema auch nur halbwegs gerecht wird.

Zudem, und das haben auch die Wortmeldungen heute gezeigt, bezeichnenderweise nur von Frauen, dass die derzeitige Kampagne, die der Sonntagsblick beispielsweise fährt, oder auch die Mitte-Frauen Schweiz, dass die Spannbreite der Meinungen sehr breit ist. Diese Spannbreite spiegelt sich in der Meinungsäußerung der Betroffenen selbst, der Fachorganisationen, der Politik und aller, die sonst noch beteiligt sind. Ich mache zwei Beispiele. Eine der bekanntesten Vertreterinnen einer Politik, die sich am sogenannten nordischen Modell orientiert, das auch Grossrätin Bisculm angesprochen hat, ist die bekannte Autorin Alice Schwarzer. Schwarzer fordert nicht nur strengere Regulierungen, sondern tatsächlich ein Verbot bestimmter Aspekte der Prostitution, insbesondere die Bestrafung von Freiern, analog eben zum schwedischen Modell. Eine ganz andere Sicht vertritt Ruby Rebelde. Sie lebt in Deutschland, ist unter anderem Sexarbeiterin und Autorin. Rebelde's Buch «Warum sie uns hassen» ist dieses Jahr in Deutschland erschienen. Rebelde sagt, ich zitiere: «Die Verbotserzählung ist reine Symbolpolitik. Da werden ein paar politische Schrauben gestellt, damit gesagt werden kann, guck mal, wir haben etwas für die Frauenrechte getan.» Zitatende. Rebelde hat ein Medienarchiv angelegt, sie hat Artikel gesammelt und sie hat alleine aus dem deutschsprachigen Raum in einem Jahr 650 Beiträge gesammelt. Das zeigt eben, wie breit die Spannbreite an Positionen und Vorstellungen ist. Und ich werte nicht, welche Position allenfalls richtig sein könnte. Ich zeige nur auf, wie breit das Thema ist.

Damit zu ein paar aktuellen Zahlen aus Graubünden. Es wurde erwähnt, die Aidshilfe Graubünden ist in diesem Bereich tätig, auch im Rahmen des Leistungsauftrages, den sie vom Kanton hat. Es ist so, dass Sexarbeit im Kanton örtlich wie auch online sichtbar ist, in Hotels, in Studios, in Appartements, auf Online-Seiten, mit Inseraten in der Zeitung oder eben auf dem Strassenstrich. Tatsächlich ist es so, wie die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Vorstosses gesagt haben, dass wir in Graubünden keine eigentliche Fachstelle haben wie andere Kantone. Ich komme auf das noch zurück. Die Aidshilfe hat vor allem Anfragen von Sexarbeitern im sozialrechtlichen Bereich und zum Thema sexuelle Gesundheit. Die Aidshilfe macht in ihrem Leistungsauftrag Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie berät die Sexarbeitenden. Sie macht auch Unterstützung und Beratung bei Berufswechseln. Sie gibt auch entsprechendes Präservations- und Informationsmaterial ab, und sie betreibt, sofern sie es kann, aufsuchende Arbeit in Chur und im Kreis Fünf Dörfer. Aufgrund der beschränkten Ressourcen ist es aber nicht möglich, z. B. in St. Moritz, Davos, Arosa und anderen Hotspots vor Ort zu sein. Die Beratungen, die sie macht, sind oft komplex, weil es häufig auch Dolmetscherinnen und Dolmetscher braucht. Und die Fragestellungen sind zeitintensiv, weil sie eben so komplex sind. In diesem Jahr, Januar bis August, hat die Aidshilfe 20 Beratungsgespräche geführt, per Telefon und vor Ort, und sie hat aufsuchende Arbeit mit

Kurzkontakten gemacht im Raum Chur und Fünf Dörfer, rund 220. Für das Jahr 2026 ist geplant, für die online-aufsuchende Arbeit ein Tool vom nationalen Verband, ProCoRe heisst der, das dort entwickelt wird, auch hier anzuwenden. Die Aidshilfe hat derzeit rund fünf bis zehn Stellenprozent für Beratung und fünf Prozent für aufsuchende Präventionsarbeit. Da sehen Sie auf den ersten Blick, dass das wohl nicht reicht. Wenn wir vergleichen mit anderen Deutschschweizer Kantonen, im Kanton Thurgau stehen rund 145 Stellenprozent zur Verfügung, ein Budget von 180 000 Franken. Im Kanton Luzern gibt es ein Budget für ähnliche Arbeiten von 410 000 Franken, es gibt 140 Stellenprozent auf der Geschäftsstelle, und zirka 130 Stellenprozent für zwölf Mitarbeiterinnen, die im Stundenlohn tätig sind und eben solche aufsuchende Arbeit leisten. Im Kanton Solothurn sind rund 120 000 Franken Budget und bedeutend mehr Stellenprozent als bei uns. Und im Kanton St. Gallen besteht ein Budget von rund 200 000 Franken und Stellenprozent sind es 120.

Ich kann nachvollziehen, dass Sie von unseren Antworten respektive das, was Sie erwartet haben zum Thema, nicht befriedigt sind. Aber wenn Sie tatsächlich etwas mehr machen möchten, und wenn Sie den betroffenen Frauen mehr Unterstützung zukommen lassen möchten, beispielsweise eben bei aufsuchender Sozialarbeit oder bei Ausstiegsprogrammen, so sagen Sie uns das konkret. Einen solchen Auftrag können Sie jederzeit einreichen und entsprechend müssen Sie dann aber nachher auch die finanziellen und personellen Ressourcen sprechen, die wir dafür brauchen. Diese haben wir derzeit leider nicht.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Damit haben wir auch diese Anfrage behandelt und wir kommen nun zum Auftrag Censi betreffend Umsetzung der kantonalen Sprachenpolitik. Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen. Damit gibt es grundsätzlich keine Diskussion. Ich frage jedoch Grossrat Censi trotzdem an, ob er Diskussion beantragt oder ob wir sofort zur Abstimmung schreiten können.

#### **Incarico Censi concernente l'attuazione della politica linguistica cantonale** (Testo GRP 6/2024-2025, S. 901)

##### *Risposta del Governo*

Negli scorsi anni il Governo ha promosso in modo mirato il trilinguismo nel Cantone dei Grigioni con considerevoli risorse finanziarie e di personale. Sono stati effettuati investimenti in numerose misure, come ad es. l'amministrazione plurilingue, la formazione, la governance, i media e la digitalizzazione. Delle misure proposte nell'incarico riguardanti l'Amministrazione cantonale, attualmente oltre il 60 per cento è stato attuato e più del 30 per cento è in fase di attuazione (stato agosto 2025). Il programma di Governo 2025–2028 comprende il punto centrale di sviluppo 11.1 «Cogliere come opportunità e promuovere la varietà linguistica

cantonale». La varietà linguistica è inoltre saldamente ancorata nella strategia HR 2024–2028.

In merito al punto 1: la comunicazione del Cantone avviene nel quadro della legislazione sulle lingue e, a seconda delle esigenze, viene inoltre disciplinata in diversi documenti. I comunicati stampa del Cantone vengono pubblicati contemporaneamente nelle tre lingue ufficiali cantonali. Nel quadro del progetto «newGRweb» il sito web cantonale viene rielaborato in modo fondamentale e dotato di una nuova veste grafica. Il Governo ha deciso di realizzare il nuovo sito web del Cantone (release a fine 2026) in linea di principio completamente trilingue; l'ordinanza sulle lingue del Cantone dei Grigioni (OCLing; CSC 492.110) è già stata sottoposta a una revisione in tal senso. L'ePortal si prefigge di essere trilingue. Per quanto riguarda le prestazioni offerte dalla Confederazione, il Cantone ha tuttavia un influsso limitato per quanto riguarda le versioni linguistiche. Il Servizio traduzioni della Cancelleria dello Stato è stato riorganizzato e rafforzato a livello di personale e di risorse finanziarie. Grazie alla nuova strategia HR il reclutamento del personale viene adeguato alle attuali esigenze. Le direttive sulle lingue dei servizi d'emergenza competono alla Confederazione e vengono disciplinate dall'art. 25 cpv. 1 dell'ordinanza concernente gli elementi d'indirizzo nel settore delle telecomunicazioni (ORAT; RS 784.104). In caso di problemi di comprensione esistono procedure collaudate e vie di cooperazione consolidate tra le centrali operative regionali (ad es. Coira e Bellinzona), così che sia sempre garantito uno scambio di informazioni senza intoppi.

In merito al punto 2: l'Ufficio del personale e il Servizio specializzato per il plurilinguismo hanno definito insieme la procedura da seguire per determinare in futuro le competenze linguistiche dell'Amministrazione. I corsi di lingua sono pubblicati sulla piattaforma academia (e-tutor) e sono gratuiti per tutte le collaboratrici e tutti i collaboratori dell'Amministrazione cantonale. Da febbraio 2025 tutte le collaboratrici e tutti i collaboratori dell'Amministrazione cantonale dispongono del programma di traduzione Supertext, che consente traduzioni in italiano e in romancio di buona qualità. A tale riguardo la Cancelleria dello Stato ha formulato una guida che è stata inviata a tutte le collaboratrici e a tutti i collaboratori.

In merito al punto 3: la strategia HR 2024–2028 promuove il reclutamento decentralizzato così come modelli di lavoro moderni – ad esempio il telelavoro – e uno sviluppo mirato del personale. Il campo d'azione strategico concernente l'attrattiva del datore di lavoro comprende diversi temi, come ad esempio la rielaborazione della strategia di reclutamento e quindi anche del processo di reclutamento stesso. Altri campi d'azione sono i contesti lavorativi moderni, la conciliabilità tra vita privata e professionale, l'uguaglianza sul posto di lavoro nonché lo sviluppo del personale. Già ora parti dell'Amministrazione sono organizzate in modo decentralizzato. Il modello per gli annunci di lavoro dell'Ufficio del personale serve da guida per la pubblicazione di posti vacanti.

In merito al punto 4: il Governo continuerà a informare il Gran Consiglio in modo regolare e trasparente in merito

allo stato di avanzamento delle misure, mediante comunicati stampa o su richiesta nel quadro di una sessione.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.

*Antrag Censi*  
Diskussion

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Censi:* Innanzitutto ringrazio il Governo per aver affrontato questo importante tema legato al plurilinguismo nei Grigioni. Questo incarico, sostenuto da 45 firmatari provenienti da tutti i partiti e dalle differenti regioni del Cantone, dimostra però la necessità di intervenire e migliorare una situazione che negli ultimi anni ha avuto un'evoluzione positiva, ma che non ha ancora raggiunto uno standard adeguato per un Cantone trilingue. Il nostro obiettivo è contribuire attivamente al cambiamento, facendo comprendere l'importanza della lingua italiana e romancia all'interno di un Cantone ufficialmente trilingue. Negli ultimi anni devo dire grazie a questo Parlamento, grazie al lavoro del Governo, si sono fatti importanti passi avanti. Riteniamo fondamentale però ribadire che si tratta di un diritto questo e non di una concessione. Entro ora nel merito delle risposte del Governo all'incarico inoltrato attraverso alcune riflessioni. Parto con quattro punti, inizio con il primo punto: linee guida. Quando si parla di «linee guida» si intendono dei processi di lavoro uguali per i vari uffici, in particolare per quanto concerne la comunicazione nell'ambito del servizio pubblico (per esempio i numeri d'emergenza come il 144 o il 117), ma penso anche ad altri dipartimenti come al DIEM, per esempio, dove nelle comunicazioni sia di carattere tecnico e giuridico non abbiamo sempre le stesse condizioni nella lingua italiana, romancia o tedesca. Il reclutamento di personale e la pubblicazione simultanea dei contenuti del sito web cantonale nelle tre lingue ufficiali (per esempio nei documenti ufficiali). In particolare nel reclutamento del personale, si sa che ogni ufficio procede secondo le linee proprie, come si evince anche dai bandi di concorso. In questo ambito il Cantone deve definire delle chiare linee guida per tutti, che mettano in risalto l'importanza delle competenze linguistiche, necessarie per garantire uguale accesso ai servizi cantonali a tutte le regioni linguistiche e uguale opportunità di accesso ai posti a concorso da parte delle candidate e dei candidati appartenenti a tali regioni. Secondo punto: comunicazione del Cantone. Secondo il seguente incarico è importante migliorare le competenze linguistiche all'interno dell'Amministrazione cantonale, attraverso una mappatura dell'attuale situazione e la definizione di misure d'intervento. I corsi di lingua devono essere integrati nell'orario di lavoro, in modo da stimolare una maggior partecipazione dei collaboratori e devono essere mirati, in modo da contribuire concretamente a un potenziamento delle competenze necessarie al lavoro quotidiano. Va inoltre fatto passare il messaggio che la lingua è una competenza fondamentale e non opzionale, in particolare per chi ha rapporti diretti con l'utenza Terzo punto: strategia del personale. Si accoglie

con favore lo sviluppo in corso di una nuova strategia del personale, che includerà anche l'intero processo di reclutamento (competenze linguistiche, corsi di lingua, delocalizzazione). Si fa presente l'importanza proprio dell'intero processo di selezione del personale: è necessario che i bandi siano pubblicati in modo inclusivo, ma soprattutto che le candidate e i candidati appartenenti alle comunità linguistiche minoritarie abbiano una reale opportunità di accedere ai posti a concorso. A tale proposito, sarebbe molto utile che il Cantone redigesse una statistica ragionata delle candidature provenienti da italofoeni o romanciofoeni rispetto ai posti assegnati, come viene già fatto dalla Confederazione, in modo da poter procedere a un'analisi dettagliata della situazione e definire le necessarie misure per aumentare la presenza di personale appartenente alle comunità linguistiche minoritarie. Non da ultimo vogliamo stimolare, anche grazie al processo di digitalizzazione e in linea con l'attuale evoluzione del mercato del lavoro, un reclutamento decentralizzato del personale amministrativo, che riteniamo possa contribuire all'aumento di candidature di italofoeni e romanciofoeni e al contempo a un rafforzamento dell'intera amministrazione in termini di competenze linguistiche. Quarto e ultimo punto: info al Gran Consiglio. In merito all'ultimo punto riteniamo importante e condividiamo che il Governo informi regolarmente il Gran Consiglio circa lo stato di avanzamento delle misure previste. Qui penso in particolare nell'ambito magari del consuntivo, ogni anno che ci sia un'informazione a questo Parlamento. Negli ultimi mesi ho avuto modo di confrontarmi su questo tema con le organizzazioni linguistiche - nostre consulenti su queste tematiche - che, oltre a essersi attivate direttamente, ci hanno fornito dati e preziosi input sulle misure che andrebbero implementate per un'evoluzione sostanziale della situazione. Mi sono confrontato anche con alcuni collaboratori cantonali, provenienti dal Grigioni italiano che da diversi anni lavorano presso l'Amministrazione cantonale, che mi hanno confermato come diversi dei punti sollevati dal presente incarico corrispondono all'esperienza quotidiana; loro stessi hanno deciso di attivarsi e portare all'attenzione dei superiori e/o del direttore alcune problematiche come ad esempio la carenza di personale madrelingua italiana sia nei ruoli operativi che nelle posizioni di responsabilità, la presenza di documenti rivolti agli utenti con errori grammaticali, traduzioni imprecise o in alcuni casi disponibili solo in tedesco e non da ultimo la mancata valorizzazione della conoscenza dell'italiano nella determinazione della classe salariale. Queste testimonianze dirette attestano che nella realtà quotidiana c'è ancora da fare se vogliamo contribuire attivamente al cambiamento, facendo comprendere l'importanza della lingua italiana e romancia all'interno di un Cantone ufficialmente trilingue. Quanto sta accadendo attualmente nel nostro Paese nell'ambito dell'istruzione ci mostra peraltro chiaramente quanto sia necessario chinarsi regolarmente sulla questione linguistica, per non rischiare di fare dei passi indietro, ma continuare a promuovere un miglioramento sostanziale. Si tratta - ne siamo consapevoli - di un lavoro che prevede analisi, pianificazione, ideazione e realizzazione e che richiede tempo, ma che non può essere lasciato al caso o alle sensibilità dei singoli. Tra

gli obiettivi strategici 2024-2027 del Consiglio federale concernenti la promozione del plurilinguismo vi è il consolidamento della collaborazione con i Cantoni plurilingui, condivisione delle buone pratiche in materia di plurilinguismo. Chiedo al Consigliere di Stato se il Cantone dei Grigioni collabora con la Confederazione in tale ambito e come. Sono quasi alla conclusione del mio esposto. Siamo certi, tuttavia, che assieme ne usciremo vincenti e più forti, trattandosi de facto dell'unico Cantone trilingue della Svizzera. Il plurilinguismo nei Grigioni non va inteso come una rivendicazione ma come un valore aggiunto. Vi ringrazio per l'attenzione e vi sarei grato se sosterrete l'incarico.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Sie haben gehört, Grossrat Censi hatte Diskussion beantragt. Es wurde nicht dagegen opponiert. Entsprechend erteile ich nun Grossrätin Biert das Wort.

*Biert:* Wir werden immer wieder konfrontiert mit schmerzlichen und schwierigen Situationen in unserem Bergkanton. Gestern und auch heute haben wir wieder einmal von der demographischen Situation im Vergleich mit anderen Kantonen gehört. Regierungsrat Peter Peyer hat aufgezeigt, wie es mit dem Geburtenrückgang in unserem Kanton steht. Die Abwanderung ist ein Thema, der Fachkräftemangel, die schlechteren Löhne, nicht nur für Musiklehrpersonen, und so weiter. Aber es gibt auch Lichtblicke und freudige Nachrichten. Unser Kanton hat genug Geld, die meisten Täler, die schönsten Lärchen und als einziger Kanton drei Sprachen. Ich nehme jetzt einfach einmal an, dass wir uns alle darüber freuen. Da auf Initiative in unserem Rat nun die Simultanübersetzung möglich ist, vielen Dank, und bald auch der Livestream nachträglich für die Bevölkerung nachzusehen ist, sogar mit dem Ja zur Finanzierung der deutschen Untertitel, wenn romanisch oder italienisch gesprochen wird, auch dies auf Initiative aus unserem Rat, spreche ich nun in meiner Vatersprache Rätoromanisch weiter und weiss, dass mich alle verstehen können.

No trattain uossa l'incumbenza Censi a regard la politica linguistica chantunala. Davo cha la resposta da la Regenza es statta publichada s'haja pudü leger duos artichels firmats da Luigi Menghini e Paolo Fontana. Eu less jent tour posiziun sülla resposta da la Regenza cun la reflexiun in vista a quists duos artichels surtout aint illas medias grischun-talianas.

Las 80 masüras sun remarquablas. Ellas nu valan però bler, fintant chi nu's sa quant chi 's voul investir in mincha masüra, prüma. Seguonda, las 80 masüras nu valan bler, fintant chi nu's sa chi chi ha la competenza decisiva e la respunsabilità per implementar mincha masüra e terza, las 80 masüras nu valan bler, infin chi nu's sa cura cha mincha masüra po esser implementada. L'infuormaziun e la comunicaziun davart la lavur da la predschada Regenza a regard las linguas minoritarias es debbla. Cun la resposta a l'incumbenza Censi gnina a savair cha 60% da las masüras sun elavuradas. Fich flot! Nu pudess la Regenza infuormar sün aigna iniziativa, sainza chi'd es da chavar cun incumbenzas e dumondas? No eschan superbis da nos chantun triling ed i fa parada dad esser l'unic chantun cun trais linguas. Ma es quai be

l'apparentscha? In talian daja ün dit chi ha nom, "l'apparenza inganna". Co as po dir dad esser ün chantun da trais linguas, scha aint illa administraziun as discuorra be tudais-ch?

Sco ch'eu n'ha tscherchè e tscherchè, i para cha amo mai in tuot quists ons nun haja dat üna persuna sülla etascha plü ota da la Val Poschiavo, da la Bregaglia o dal Moesano chi ha lavurà per l'implementaziun da la ledscha sur da las linguas. Scha no imaginain per exaimpel üna società da paur sainza paur, oder ein Gleichstellungsbüro ohne Frauen, füss quai acceptabel? Sgüra na. Ma per las linguas minoritarias, impustüt i'l grischun-talian es quai precis la situaziun.

I vain investi blers raps aint illa digitalisaziun da l'administraziun chantunala. Esa dumandà massa bler da pretender cha cun tuot quists mezs cha no vain hoz, eir amo l'intelligenza artificia, possa mincha collavuratura lavurar e discuorer in sia lingua materna? La Confederaziun metta a disposiziun munaida per las linguas in seguaint möd: 81% per la Lia Rumantscha: 2 200 000.00, 58% per la FMR, Fundaziun Medias Rumantschas, quai sun: 1 072 000.00 e 83% per la Pro Grigione Italiana, quai sun: 842 000.00.

Cun quistas sommas as pudessa propcha sperar, cha la Confederaziun controlla la strategia dal chantun Grischun a regard las linguas. Insomma, la strategia: No vain üna strategia da cultura chi vain evaluada mincha 4 ons. Mincha interpreta, la Retica, la Banca Chantunala etc., fa quista lavur. Üna strategia da las linguas i'l chantun nun es dumandà massa bler, obain? Eu am permet da repeter quista dumonda davo üna strategia per la promoziun da las linguas minoritarias, darcheu üna jada in quista sala, in october 2025. Eir la Confederaziun ha sia strategia per la cultura e per las linguas, la Kulturbotschaft. Minch'on s'occupa il Grond cussagl dal bilantsch dal Chantun, dal bilantsch dal tribunal, da la strategia per il turissem, per il sistem sanitari, per il green deal e per tants aspets da la vita publica da nos Chantun. Eu nu pens da dumandar massa bler, scha mincha 4 ons nos parlamaint discursiss sur da la strategia per nossas linguas minoritarias. Scha no pensain al process chi ha gnü lö a favur da la promoziun da la cultura, es quai sgüra stat üna discussiun ed ün process chi ha fat incleger a blers, la varietà e l'importanza da la cultura. Eu craj, cha quai füss eir il cas sülla via per üna strategia da linguas. La valütaziun dal Center per la democrazia dad Aarau disch cler e net, cha il chantun Grischun es respunsabel per la promoziun da las linguas, ed il chantun nu po quai delegar a las associaziuns linguisticas.

Implü füss üna strategia eir ün pass real e sincer e na be bels plets sur da nos chantun triling, uschea chi dà exepziuns pro'l dit, «l'apparenza inganna».

*Menghini-Inauen:* Prima di tutto desidero esprimere apprezzamento per gli sforzi che il Governo ha intrapreso negli ultimi anni per promuovere la nostra ricchezza linguistica. Il potenziamento della traduzione, la revisione della Strategia HR 2024–2028, l'impegno nel progetto newGRweb e la riorganizzazione del servizio traduzioni sono risultati concreti che vanno riconosciuti come tali. Tuttavia, leggendo la risposta del Governo all'incarico, emerge tuttora l'impressione di un approccio ancora

troppo centrato sugli strumenti e sui processi e meno sulle persone e sui territori. E su questo vorrei esprimere alcune riflessioni anche se l'argomento è stato toccato già dal collega Censi: la lingua non è solo un mezzo di comunicazione, bensì un segno di appartenenza. Nei Grigioni, essa è anche una componente essenziale del legame tra centro e periferia. Se vogliamo che la nostra amministrazione rifletta la realtà del Cantone e garantisca competenze linguistiche adeguate, ovviamente non basta offrire corsi o programmi di traduzione, ma bisogna assicurare che le persone che lavorano per il Cantone provengano da tutte le regioni e rappresentino anche tutte le lingue. Per questo ritengo che il principio del reclutamento decentralizzato debba diventare un asse portante della politica linguistica. È un principio che va oltre la questione linguistica: riguarda l'equilibrio territoriale del nostro Cantone, la vitalità delle regioni periferiche e non da ultimo la credibilità delle nostre istituzioni. Attualmente, però, non abbiamo prove concrete che questo avvenga. Anzi, osserviamo tendenze di centralizzazione: funzioni amministrative sempre più concentrate attorno ai centri o a Coira, processi digitali gestiti unicamente dal centro e una riduzione delle opportunità professionali nelle regioni di lingua italiana e romancia. Tutto ciò indebolisce, lentamente ma inesorabilmente, il tessuto sociale e culturale del nostro Cantone. Un'amministrazione che si vuole trilingue deve quindi essere anche territorialmente radicata. La presenza di uffici e di personale nelle diverse regioni non è un lusso, ma una condizione di legittimità democratica e coesione istituzionale. Per questo è fondamentale che il Governo non solo dichiari, ma anche misuri la reale applicazione di una politica di reclutamento decentralizzata: indicando per esempio quante posizioni vengono effettivamente occupate da persone provenienti dalle regioni linguistiche; definendo degli obiettivi – e non dico quote - di rappresentanza geografica e linguistica e assicurando che l'amministrazione resti vicina alle persone che serve. Concludo dicendo che in un Cantone come il nostro, la pluralità linguistica e territoriale è un punto di forza e non un ostacolo. Ma perché lo resti, serve visione, coerenza e soprattutto un impegno concreto per mantenere vivo il principio del decentramento, non solo a parole, ma nei fatti. Ringrazio per la cortese attenzione e per il sostegno di questo incarico.

*Furger:* L'incarico del collega Samuele Censi richiama un tema centrale per il nostro Cantone: la parità e la valorizzazione delle tre lingue cantonali. Siamo orgogliosi di vivere in un Cantone trilingue, ma sappiamo anche che tra il principio e la realtà quotidiana c'è ancora una certa distanza. Nella comunicazione ufficiale, nei servizi amministrativi, nelle traduzioni e nelle scuole, la parità linguistica non è sempre garantita. Il Governo, nella sua risposta, riconosce la validità delle preoccupazioni espresse e sottolinea le misure già in corso, ad esempio la revisione della legge sulle lingue, i progetti di traduzione digitale e il sostegno alla formazione plurilingue. L'incarico chiede al Governo di rafforzare l'attuazione concreta della politica linguistica cantonale. Non si tratta di creare nuovi regolamenti, ma di ottimizzare quello che già esiste, assicurare che in tutto il territorio, le tre lingue

tedesco romancio e italiano, siano trattate con uguale rispetto e visibilità. Servono strumenti, risorse ma soprattutto consapevolezza a tutti i livelli, dall'amministrazione alla scuola, dai media agli enti locali. Sostenere l'incarico significa dare un segnale chiaro. Le lingue non sono un peso ma sono una ricchezza che ci unisce e che promuove la coesione cantonale. La diversità linguistica è ciò che distingue i Grigioni dal resto della Svizzera e ciò che rafforza la coesione tra le nostre regioni. Invito quindi il Gran Consiglio a sostenere l'incarico Censi e a continuare a promuovere un cantone veramente trilingue, dove ogni cittadino possa sentirsi compreso e rappresentato nella propria lingua.

*Zindel:* Es ist schön, will die Regierung diesen Auftrag zur Umsetzung der kantonalen Sprachenpolitik entgegennehmen. Allerdings gibt es bezüglich aktuellen Fortschritts offensichtlich sehr unterschiedliche Einschätzungen. Die deutlich positivere Einschätzung der Regierung lässt befürchten, dass nicht mehr viel passieren wird. Im Grossen und Ganzen ist die Regierung offensichtlich der Ansicht, es brauche keine weitere Anstrengung, nur ein Fertigstellen und Weiterleben des Etablierten. Wenn ich mir die Herausforderungen ansehe, denen Nicht-Deutschsprachige im Kanton gegenüberstehen, erhalte ich ein anderes Bild.

Come esempio prendo la trasmissione «Patti Chiari» della RSI del 19 settembre, dal titolo «Italiano, lingua di serie B?». Nel sondaggio online, il 66 per cento dei partecipanti ha detto di sentirsi come «cittadini di serie B». Il 31 per cento, un terzo, si sente discriminato nel settore pubblico. Nella stessa trasmissione parla anche una signora della Mesolcina che deve andare all'ospedale cantonale di Coira - e riceve tutti i formulari in tedesco. Nemmeno il sito internet è tradotto. Parliamo dell'ospedale cantonale di un Cantone plurilingue! Questo può causare problemi di salute - inutilmente! Sentirsi come «cittadino di serie B» e non capire i documenti nel proprio Cantone, mi fa male sentire questo.

Wie vermutlich Sie auch, habe ich die Unterlagen der Kulturforschung Graubünden mit dem nicht allzu prägnanten Titel «Bildungschancen durch Mehrsprachigkeit an rätoromanischen Volksschulen» erhalten. Ich würde sagen, da hat der Kanton noch einiges an Arbeit vor sich. Zusammengefasst kann man nämlich sagen, dort, wo Mehrsprachigkeit nicht aktiv unterstützt wird, führt sie zu Benachteiligung, strukturell, sozial und bildungspolitisch. Nicht nur bei solchen sehr konkreten Alltagsszenen sind Sprachkenntnisse wichtig. Kenntnisse einer anderen Sprache sind ein Zeichen von Respekt, ein Zeichen von Interesse am Gegenüber. Sprachen sind der Schlüssel, um die Kultur des Gegenübers zu verstehen. Wer Sprachen versteht, kann Brücken bauen, im Alltag, in der Politik, in der Gesellschaft.

Jeu lavurel giu Turitg tier ina interpresa che ha la sedia a Losanna. Savens dat ei discussiuns denter las regiuns, denter la glieud che discuora tudestg e la glieud che discuora franzos. Deplorablamein savens per engles. En Svizra. Mei disturba quei mintga ga. Ils Svizzers discuoran per engles, perquei ch'els san buca tudestg ni franzos. Per els eis ei pli sempel da far tut per engles. Donn. Jeu vul buca ch'els Grischuns entscheivan e discuorer engles

denter els. Jeu vul buca ch'enzatgi da Mesocco stoppi tschintschar engles cun l'administraziun publica ni el spital a Cuera. Persuenter stuein nus tuts vegnir pli activs.

Ich hatte das Glück, in meinem bisherigen Leben jeweils längere Zeit in anderen, teils mehrsprachigen Sprachräumen, verbringen zu dürfen. Das hat mich geprägt, positiv, würde ich jetzt mal meinen. Ich habe aber auch gesehen, wie andere Länder mit sprachlichen Minderheiten umgehen, sie aktiv unterdrücken. Und es hat mich jeweils stolz gemacht, dass das im Grundsatz bei uns besser funktioniert. Stolz auf die Mehrsprachigkeit sind vermutlich auch die meisten Bündnerinnen und Bündner. Wie Sie wohl gemerkt haben, finde auch ich die Mehrsprachigkeit eine Bereicherung. Einsprachigkeit ist langweilig, Mehrsprachigkeit ist ein Reichtum. Mehrsprachigkeit ist auch ein Kern der Bündner Identität. Es ist aber wichtig, dass wir für die Mehrsprachigkeit auch viel tun, uns mit Herzblut dafür einsetzen. Diesbezüglich wünsche ich mir von der Regierung etwas mehr Einsatz und Tempo in der Umsetzung. Fördern wir die Mehrsprachigkeit nicht etwa aus Nostalgie, sondern weil sie Voraussetzung für Chancengleichheit und Integration ist, weil sie kulturellen Reichtum bringt, für einen starken Zusammenhalt im Kanton Graubünden.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Wenn nicht, dann erteile ich nun Regierungsrat Parolini das Wort.

*Regierungsrat Parolini:* Wenn Grossrat Zindel der Meinung ist, dass die Regierung keine weiteren Anstrengungen unternehmen will, dann, der beste Beweis dafür ist, dass wir für die Überweisung dieses Auftrages sind. Wir sind mittendrin. In den letzten Jahren haben wir sehr viel gemacht, viel mehr als Jahrzehnte vorher über die Dauer hinweg. Das möchte ich einmal betont haben. So viel wurde noch nie gemacht wie in den letzten Jahren. Aber es ist immer die Frage des Glases: Ist es halb voll oder halb leer? Es ist nicht ganz voll, das wissen wir, aber von diesen Massnahmen, diesen 80 Massnahmen, auch wenn Grossrätin Biert zu wenig Informationen darüber hat, weil sie sie aktiv nicht abgeholt hat, haben wir 60 Prozent umgesetzt. Und das können Sie auch auf der entsprechenden Internetseite nachschauen, welche Massnahmen wir umgesetzt haben. Es steht kein Etikett mit dem Preisschild dran. Aber wir haben es bereits umgesetzt. Andere sind ein bisschen anspruchsvoller, um sie umzusetzen. Wir sind aber dran. Und einige Vorredner und Vorrednerinnen haben ja auch gelobt, dass wir einiges gemacht haben. Das habe ich auch gehört. Danke dafür, dass Sie das auch so sehen.

Dass wir Handlungsbedarf haben, das stellen wir nicht in Abrede, und das können Sie auch daraus schauen, aus den Tabellen, die aufgeschaltet sind, welche Massnahmen noch nicht umgesetzt sind. Und diejenigen, die wirklich eine Strategie haben, natürlich, für die Kulturförderung haben wir ein Konzept, das wir alle vier Jahre Ihnen unterbreiten und Sie darüber debattieren und auch entscheiden können, aber das steht so im Gesetz, dass wir es so machen müssen. Es gibt Vor- und Nachteile, dass der Grosse Rat darüber befinden muss alle vier

Jahre. Bezüglich der Sprache haben wir ein Gesetz und eine Verordnung, ein Gesetz über die Sprachen und eine Verordnung. Wir haben eine Kommunikationsstrategie der Regierung, wir haben einen Sprachenkodex, der in Ausarbeitung ist. Da fehlen noch einige Positionen. Wir sind daran und wir werden das in Bälde dann auch verabschieden lassen durch die Regierung. Wir haben newGRweb, da sind wir voll in der Umsetzung, und das wird dreisprachig sein. Wir haben eine HR-Strategie, da spielt die Dreisprachigkeit auch eine zentrale Rolle, nicht nur, auch die Dezentralität der Arbeitsstellen. Aber die dezentralen Arbeitsstellen, ja, da gibt es Vor- und Nachteile. Ich bin auch einer, der die Verwaltung so dezentral als möglich haben will im Kanton. Aber es gibt halt Aufgaben, die müssen einfach zentral erledigt werden, die können nicht dezentral erfolgen.

Und wir haben auch Richtlinien bezüglich den Bewerbungen und den Anstellungen und vielleicht zu den Zahlen, die Sie wünschen bezüglich der Sprachverteilung italienisch und romanisch in der kantonalen Verwaltung, kann ich Ihnen sagen, dass Italienischsprachige haben wir etwa 11,8 Prozent in der kantonalen Verwaltung, Romanischsprachige sind es 16,4 Prozent. So ist die Verteilung der Sprachen über die ganze Verwaltung. Natürlich kann man jetzt schauen, ja, wie viele Kaderstellen sind durch Italienischsprachige besetzt. Und da gibt es halt Bewerbungsgespräche, und da gibt es dann eine Auswahl, und neben der Sprache gibt es noch andere Qualifikationen, die stimmen müssen, und so werden die besten Personen gemäss Beurteilung des Gremiums, das die Wahl auch vornehmen muss, wer dann gewählt wird. Und leider, bei den Amtsleitungen haben wir momentan nur eine Person, die italienischer Muttersprache ist. Dem ist so. Vielleicht in diesem Zusammenhang auch, wie die Bewerbungen aussehen jeweils, wie viele muttersprachlich italienisch sich beworben haben. Da habe ich folgende Informationen: La statistica bandi e assunzioni dal 2024 italofofon: su tutte le candidature sono state meno del 3 per cento quelle che vengono da italofofoni del territorio grigionese, circa 126 persone su 5013 candidature. 94 candidature vengono dall'Italia, 26 dal resto della Svizzera. Di questo 2,5 per cento nel 2024 2 su 5 sono stati assunti, voglio dire 53 su 126 oppure 53 su 246, circa il 20 per cento. Es braucht Bewerbungen auch aus den verschiedenen Talschaften und dann kann man auch die die Prüfung machen bezüglich Qualifikation und dementsprechend auch die Wahlen vornehmen. Und wenn Grossrätin Biert sagt, dass auf den höheren Etagen niemand die italienische Sprache spricht, und dass das fast vergleichbar wäre mit der Abteilung Landwirtschaft oder den Ämtern, die sich mit Landwirtschaft betreffen, wo kein Landwirt dabei ist, wir haben einen Beauftragten für die Sprachen. Der ist mutter- und vater-sprachig italienischsprachig. Er kann sehr gut romanisch und er kann sehr gut deutsch. Wunderbar, ja, was wollt ihr noch mehr? Und für die Regierung: Wann hat das letzte Mal jemand italienischer Muttersprache kandidiert für die Regierung? Kann ich etwas dafür? Das nur so als Frage.

Nun, was soll ich da noch sagen? Grossrat Censi hat noch eine Frage gestellt bezüglich den Begegnungen der mehrsprachigen Kantone, die es auf Bundesebene gibt.

Das ist so. Das ist organisiert vom Bundesamt für Kultur, und da machen mit Vertreter des Kantons Wallis, des Kantons Freiburg, Bern, Graubünden, Wallis natürlich und der Organisation Movetia. Und Graubünden ist selbstverständlich präsent mit einer Vertretung. Da geht es darum, einmal auch die Organisation von Movetia aufzuzeigen, was für eine gute Arbeit die machen. Und das wäre lobenswert, wenn viel mehr Austausch stattfinden würden, auch auf verschiedenen Stufen der Schulen, diese Sprachenaustausche. Und dann werden die kantonalen Erfahrungen ausgetauscht, es werden die Herausforderungen der Zweisprachigkeit und die Perspektiven diskutiert und wie man die Zusammenarbeit der mehrsprachigen Kantone und des Bundes, wie man da noch besser zusammenarbeiten kann. Wie gesagt, das ist klar, dass der Kanton Graubünden da daran beteiligt ist.

Nun, Grossrat Censi hat auch noch gefragt bezüglich der jährlichen Berichterstattung. Allora, qui possiamo dire: sì, lo stato di sviluppo delle misure dell'amministrazione può essere consultato sul sito web del Cantone e viene aggiornato due volte all'anno. I commenti sono volutamente brevi, per domande di dettaglio ci si può rivolgere in qualsiasi momento al delegato del Servizio specializzato per il Plurilinguismo. Del resto ciò viene fatto ad esempio dalle organizzazioni linguistiche. A mio avviso ha piuttosto poco senso un'attività informativa annuale da parte del Governo in occasione di una sessione del Gran Consiglio. Il Governo una volta l'anno deve dire quello, una volta all'anno il delegato si reca presso la Deputazione grigioneitaliana dove rimane a disposizione per eventuali domande e il delegato ha già fornito informazioni sulla sua attività anche presso la Gruppo rumantscha dal Cussegl grond. La Gruppo rumantscha dal Cussegl grond chi vegn presidiada da deputada Biert po invidar cur chi saja al respunsabel Alberto Palaia schi giavüschan infuormaziuns. Questo tipo di informazione esiste dunque già. Ripeto: il Servizio specializzato fornisce in ogni momento informazioni su singoli termini per iscritto e per telefono nonché con scambi personali.

Man kann schon noch viel mehr Berichte verfassen. Das braucht auch Zeit, um dies zu machen. Und wenn es um die Personalressourcen geht, dann sind Sie ja eher diejenigen, die sagen, jetzt ist genug, wir wollen nicht mehr Personal anstellen. Und von daher, man kann auch von Ihnen und auch von der Öffentlichkeit, wie auch die Sprachorganisationen es bereits machen, auch verlangen, dass Sie nachfragen, wenn Sie konkrete Fragen haben. Und wir sind immer bereit, Antworten zu geben bezüglich der Herausforderungen, die wir haben, wo wir stehen mit der Umsetzung der verschiedensten Massnahmen und ja, es sind keine Lippenbekenntnisse, wenn da gesagt wurde, wir würden nur Lippenbekenntnisse abgeben. Ich würde meinen, dass wir bewiesen haben, dass wir es wirklich auch umsetzen wollen. Wir haben es bisher umgesetzt und wollen es auch weiterhin dort, wo noch Bedarf ist.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Grossrat Michael wünscht das Wort. Ihr Mikrofon ist offen.

*Michael (Castasegna):* So che non è proprio abitudine o non è prassi intervenire dopo che ha parlato il Consiglio-

re di Stato, però nella discussione che abbiamo avuto su questo tema mi è rimasto qualcosa un po' sullo stomaco e ci tengo comunque a riprendere questo argomento. Io sono nato e cresciuto in Val Bregaglia, sono italofono anche se i miei genitori venivano da un'altra regione del Cantone dei Grigioni. Io non mi sento un cittadino di serie B. E questo lo dico in modo molto chiaro perché credo che il modo di sentirsi dipende molto anche da come ci si atteggia. Non nascondiamo che ci siano ancora delle difficoltà, non nascondiamo che in un Cantone plurilingue non possano cioè è normale che ci siano anche difficoltà nella comunicazione. C'è sicuramente un bisogno di continuare a intervenire sui passi che sono stati intrapresi. Io credo che da questo punto di vista però qualcosa sia stato fatto negli ultimi anni e vorrei in questo senso anche confermare quanto ha detto il nostro Consigliere di Stato Parolini. Io ringrazio il collega Censi che ha riportato questo argomento sul tappeto politico di questo Gran Consiglio. La discussione che è emersa ha dimostrato che l'argomento è comunque un argomento al quale noi nel Cantone dei Grigioni crediamo molto quindi è un valore la questione della lingua, la questione della comunicazione, la questione del comprendersi a vicenda e del rispettarci a vicenda. Però ripetiamo: noi siamo tutti grigionesi e siamo tutti cittadini di serie A.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Wir kommen nun zur Abstimmung. Wenn Sie den Auftrag Censi betreffend Umsetzung der kantonalen Sprachenpolitik überweisen wollen, dann drücken Sie bitte die Taste Plus. Wenn Sie diesen nicht überweisen wollen, dann bitte drücken Sie die Taste Minus. Für Enthaltungen drücken Sie bitte die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Auftrag Censi betreffend Umsetzung der kantonalen Sprachenpolitik mit 109 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltung überwiesen.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 109 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Wir behandeln nun die Anfrage Berther betreffend Mikrospeicherseen im Zusammenhang mit dem Regierungsziel 8. Regierungsrat Parolini vertritt bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Grossrat Berther an, sind Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt? Sie haben vier Minuten Zeit für eine Stellungnahme oder wünschen Sie Diskussion?

**Anfrage Berther betreffend Mikrospeicherseen im Zusammenhang mit dem Regierungsziel 8** (Wortlaut GRP 6/2024-2025, S. 901)

#### *Antwort der Regierung*

Die Regierung geht davon aus, dass sich die Anfrage nicht auf das Regierungsziel 8, sondern auf die Regierungsziele 6 und 7 bezieht. Seit den 1990er-Jahren wer-

den in Graubünden Löschwasserbecken und -teiche zur Waldbrandbekämpfung mit Speichervolumina von im Mittel 250 m<sup>3</sup> erstellt. Diese dienen ausschliesslich dem Ziel und Zweck, die Wasserverfügbarkeit im Ereignisfall unmittelbar zu sichern. Die Standortwahl geschieht risikobasiert, das heisst, es werden vor allem dort Löschwasserbecken erstellt, wo die Wasserverfügbarkeit fehlt oder ungenügend ist. In Tourismusgebieten wurden über die Jahre Rückhaltebecken zur Beschneigung von Skipisten und Loipen gebaut. Diese haben Volumina in der Grössenordnung von 10 000 bis 400 000 m<sup>3</sup>. Im selben Skigebiet können sie miteinander verbunden sein, um den Wasserbedarf auszugleichen oder Energie zu produzieren. Rückhaltebecken für den Zweck der Bewässerung oder gar die Trinkwasserbereitstellung finden sich im Kanton Graubünden noch keine. Der Grund dafür dürften die hohen Kosten gegenüber der Verfügbarkeit von Fliessgewässern und Grundwasserträgern zur Bewässerung sein. Zur gezielten und ausschliesslichen Stromproduktion oder Speicherung von Überschussstrom werden Mikrospeicherseen zurzeit nicht eingesetzt. Eine solche Mehrfachnutzung bedingt, dass der eigentliche Zweck wie Löschwasserrückhalt oder Beschneigung nicht tangiert oder gar verunmöglicht wird.

Zu Frage 1: Doppel- oder Mehrfachnutzungen gibt es heute schon. Das Potenzial von multifunktionalen Mikrospeicherseen dürfte eher gering sein, weil für die Mehrfachnutzung als Lösch-, Trink- oder Brauchwasserspeicher oder als kleines Pumpspeicherkraftwerk die Anforderungen an den Standort, die zeitliche Verfügbarkeit und die notwendige Infrastruktur zu unterschiedlich sind. Zudem ist die in solchen Becken speicherbare Energie klein, verglichen mit den grossen Pumpspeicherkraftwerken, und wird kaum die Schwelle der Wirtschaftlichkeit erreichen.

Zu Frage 2: Im Bereich der Klimaanpassung, bei der es auch darum geht, Wasser für verschiedene Zwecke während längerer Trockenperioden zur Verfügung stellen zu können, sind offene Becken mit relativ hohen Verlusten nicht die erste Wahl, denn der eigentliche Trink- und Brauchwasserspeicher ist der Boden resp. der Grundwasserkörper. Auch in der Energieplanung sind Mikrospeicherseen kein Thema. Das Zusammenspiel von Photovoltaik mit Speicherkapazitäten ist zwar zur Anpassung des Produktionsverlaufs an den Bedarf sehr wichtig, jedoch stehen mit stationären Batterien oder den grossen Pumpspeicherkraftwerken zur Energiespeicherung weit bessere Optionen zur Verfügung.

Zu Frage 3: Eine systematische Förderung derartiger oder ähnlicher Projekte wäre aus Sicht der Regierung nicht erstrebenswert, da Mikrospeicherseen je nach Bewirtschaftung in der Regel nicht allen in der Anfrage genannten Zwecken dienen und auch neue Konflikte hervorrufen könnten. Auf nationaler Ebene gibt es nicht einmal eine Förderung von grossen Pumpspeicherkraftwerken. Das Bundesamt für Landwirtschaft beteiligt sich jedoch an einem Ressourcenprojekt in den Kantonen Baselland und Luzern. Im Rahmen dieses Projekts wird das Potenzial von hydrotechnischen Massnahmen wie Retentionsbecken, Regenwassersammlung etc. als Klimaanpassungsmassnahmen für die Landwirtschaft evaluiert.

Zu Frage 4: Das Amt für Wald und Naturgefahren unterstützt basierend auf dem Konzept «Waldbrandprävention 2030» bedarfsgerechte, risikobasierte Löschwasserbecken und -teiche im ganzen Kanton. Eine zusätzliche Nutzung solcher Anlagen für andere Zwecke ist ausgeschlossen, da die Gefahr besteht, dass im Falle eines Waldbrands das nötige Löschwasser fehlt. Zudem sind die Speichermengen von 250 m<sup>3</sup> für eine andere bzw. weitere Nutzung zu gering.

Zu Frage 5: Zurzeit wird im Rahmen des Projekts Klimaneutrale Landwirtschaft an einem Pilotprojekt die Realisierbarkeit und Wirkung von Kleinrückhalteseen geprüft. Zudem sollen im Rahmen der Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts 7.2 im Regierungsprogramm 2025–2028 die Möglichkeiten für ein integrales, das heisst, die verschiedenen Wasseransprüche koordiniertes Wassermanagement in Einzugsgebieten ermittelt werden. In diesem Zusammenhang können auch Mikroseeherseen eine Rolle spielen. Dabei kann man selbstverständlich auch prüfen, ob Potenziale zur dezentralen Energiespeicherung bestehen.

*Berther:* Jeu sun parzialmein cuntents culla risposta e giavischel discussiun.

*Antrag Berther*  
Diskussion

*Standespräsidentin Favre Accola:* Sie haben gehört, Grossrat Berther wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Ich stelle fest, nicht. Sie können sprechen.

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Berther:* Bugen prendel jeu cuort posiziu pertuccont las rispostas dalla Regenza. Igl ei aschia che quei pertucca plirs departements e cusseglier guvernativ Parolini ha la quida d'astgar prender posiziu cheu. Jeu sun parzialmein cuntents, quei vul dir che buc tut ei sco quei ch'ins vess forsa giavischau. Jeu sentel semplamein che ellas rispostas da mia interpellaziun ni damonda pertuccont lags d'accumulaziun pigns e multifunziunals ha la Regenza giu pign fiug. Sche jeu mirel las damondas ei quei plitost aschia, ch'ins ha argumentau, ch'ins ei buc fetg scaldaus, ch'ins vul plitost era buca ch'ei detti cheu moviment. Jeu stoi semplamein far attents a quei ch'ils pli biars san: l'aua ei la preziosa, ni la pli preziosa resursa che nus vein sin quest mund. Ins astga dir, l'aua ei igl aur blau. Nus stuein mirar che nus sappien era el futur, naturalmein trer a nez tut quei ch'ins sa. Mia finamira cun quels laghets d'accumulaziun fuss stau, ch'ins empruvass da nezegiar quels: da malauras ch'ins sa tener anavos l'aua, ch'ins sa duvrrar quell'aua per schuar, nua ch'igl ei schetg. Igl ei semplamein aschia: pli baul eri forsa buc schi nausch sco oz. Oz vein nus liungas periodas da bialaura, nus vein liungas periodas da malaura. Culla malaura vegn, lu vein nus pil pli bia damemia aua. Cun quels laghets d'accumulaziun savess ins tener anavos, aber ins savess era lu, cu igl ei plitost scart, prender e duvrrar per outras resursas. Sche nus mirein anavos: Pli baul vegneva mintga flum, mintga ual duvraus per mulins, per resgias. Quei era energia ch'ins duvrava. Ed oz

sent'ins adina puspei: Ins vul mo gronds implonts. Ins vul adina dapertut mo grond e tut il pign ei buca tschercau, cul motiv ch'ei seigi buc rendeivel. Tenor miu meini ston ins trer a nez quellas resursas e mirar che nus sappien era el futur duvrrar quellas energias. Emporta buc sin tgei sparta, l'aua san ins duvrrar per schi bia caussas. Perquei eis ei impurtont da saver tener anavos e puspei schar ir lu, cu igl ei impurtont e cu ei fa senn. En quei senn less jeu semplamein supplicar, che la risposta 5 ei in tec pli positiva, leu era il tschiel in tec pli blaus, schiglioc eri plitost nebliu. Leu less jeu far attents, che la filosofia ch'ei emprovan ell'agricultura da clima neutral, ch'ins emprova leu da far projects da pilot e forsa ch'ins sa era trer a nez. En quei senn less jeu ver engraziau alla Regenza per la lavur e – gie, parzialmein cuntents.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann erteile ich nun Regierungsrat Parolini das Wort.

*Regierungsrat Parolini:* Grazcha a deputà Berther per sias externaziuns ed eir per avair inoltrà quista dumonda. El ha commentà e dit, ch'El haja l'impreschiun chi saja «in pign fiug» e cha no ans hajan «scaldaus pauc» per quista dumonda. Quai as po interpretar ün pa co chi's voul. Eu dschess cha no vain dat respostas objectivas, co cha la situaziun as preschainta actualmaing e per che differents adövers, cha che cuntengs dad aua san far ün adöver, sainza chi pericliteschan al cuntegn principal, schi's voul uossa dar amo üna funcziun supplementara a quel cuntegn dad aua. Però id es uschea, cha aint illa strategia ed aint il Program da la Regenza pels ons 25–28 vain aint cul punct central ES 7.2 la strategia per ir intuorn cull'aua da maniera persistente. Là laina far las differents retscherchas, forsa eir cun progets da pilot ed analisar, che pussibilitats chi dess per forsa eventualmaing trar lura a nüz simils batschigls, forsa eir da maniera multifunziunala. Cha l'aua es la plü preziosa roba sün quist muond, eu crai quia eschan no da listess avis.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Damit haben wir auch diese Anfrage behandelt und wir kommen nun zur letzten Anfrage und zwar von Grossrat Tomaschett betreffend Entsorgung von Strassensammlerschlämmen und Strassenwischgut. Auch bei diesem Geschäft vertritt Regierungsrat Parolini die Regierung. Ich frage nun Grossrat Tomaschett an, sind Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt? Sie haben vier Minuten Zeit für eine Stellungnahme oder wünschen Sie Diskussion?

**Anfrage Tomaschett betreffend Entsorgung von Strassensammlerschlämmen und Strassenwischgut**  
(Wortlaut GRP 6/2024-2025, S. 903)

*Antwort der Regierung*

Mit der Einführung der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverord-

nung, VVEA; SR 814.600) im Jahr 2016 besteht gemäss Art. 22 VVEA die Pflicht zur Aufbereitung von Strassensammlerschlämmen und Strassenwischgut mit überwiegend mineralischer Zusammensetzung (nachfolgend als strassenbürtige Abfälle bezeichnet). Damit sollen wiederverwendbare Anteile wie Splitt, Sand und Kies abgetrennt und verwertet werden. Strassenbürtige Abfälle sind jedoch sehr häufig mit Kohlenwasserstoffen, Schwermetallen sowie nachweislich per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) belastet und weisen einen hohen organischen Anteil auf. Deswegen ist eine Deponierung gesetzlich nicht zulässig und auch nicht zu empfehlen. Da der Stand der Technik für die Aufbereitung von strassenbürtigen Abfällen bis vor Kurzem nicht definiert war, duldet das Amt für Natur und Umwelt (ANU) als zuständige Vollzugsbehörde die Deponierung. Mit dessen Festlegung durch das Bundesamt für Umwelt müssen ab dem 1. Januar 2026 sämtliche strassenbürtigen Abfälle fachgerecht entsorgt werden. Für die Entsorgung sind die Strasseneigentümer/-innen, also der Kanton und die Gemeinden, zuständig. Im Jahr 2023 fielen in Graubünden insgesamt 3224 Tonnen Strassensammlerschlämme und schätzungsweise 3000 Tonnen Strassenwischgut an (total mehr als 6000 Tonnen strassenbürtige Abfälle). Strassenwischgut wurde zu einem grossen Teil auf Deponien der Typen B und E abgelagert. 53 Prozent der Strassensammlerschlämme wurden hingegen in innerkantonalen Entwässerungsanlagen entwässert und anschliessend in Aufbereitungsanlagen im Kanton St. Gallen verwertet. Die restlichen 47 Prozent wurden auf stationären Entwässerungsanlagen im Kanton Graubünden entwässert und auf Deponien der Typen B und E abgelagert. Aufgrund der verfügbaren statistischen Angaben muss angenommen werden, dass mindestens 50 Prozent der gesamten strassenbürtigen Abfälle bisher nicht VVEA-konform entsorgt wurden. Mit dieser nicht gesetzeskonformen Entsorgung konnte Geld gespart werden, denn die Deponierung einer Tonne kostet etwa 100 Franken, die Entwässerung und Aufbereitung zwischen 130 und 145 Franken pro Tonne.

Zu Frage 1: Es ist zwar richtig, dass gemäss Art. 35 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kantonales Umweltschutzgesetz, KUSG; BR 820.100) die Gemeinden für die Entsorgung zuständig sind. Dabei sind sie, wie der Kanton selbst auch, angehalten, dies nach den gesetzlichen Vorgaben zu tun, was bis jetzt nur teilweise erfolgte – unter temporärer Duldung der Vollzugsbehörde. Wenn nun das ANU ab nächstem Jahr eine fachgerechte Entsorgung verlangt, erfolgt dies in Übereinstimmung mit den Kompetenzregelungen in Art. 2 Abs. 3 und Art. 41 KUSG und Art. 1 Abs. 2 der Kantonalen Umweltschutzverordnung (KUSV; BR 820.110).

Zu Frage 2: In der Regel werden private Unternehmungen mit der Entsorgung oder dem Betrieb von Entsorgungsanlagen beauftragt. Aus Synergiegründen würde die Realisierung einer Aufbereitungsanlage durch Saugwagenunternehmungen oder Betreiber/-innen von Entwässerungsanlagen deshalb eher Sinn machen, als dass der Kanton analog zur Klärschlamm-trocknung eine zentrale Anlage realisiert. Diese unternehmerische Lösung ist schweizweit verbreitet. Daher erachtet die Re-

gierung den Betrieb einer zentralen Aufbereitungsanlage durch den Kanton nicht als zweckmässig.

Zu Frage 3: Im Kanton Graubünden gibt es derzeit acht Entwässerungsanlagen für Strassensammlerschlämme, jedoch keine Aufbereitungsanlagen. Die Entwässerungsanlagen werden von privaten Unternehmungen (sechs Anlagen), von der Region Surselva sowie vom kantonalen Tiefbauamt betrieben. Strassenwischgut wird teilweise auch ohne Vorentwässerung einer Aufbereitungsanlage zugeführt.

Zu Frage 4: Eine Vorentwässerung der Strassensammlerschlämme macht Sinn, da deswegen nur eine reduzierte Schlammmenge in die Aufbereitung transportiert werden muss. Solange die Gemeinden und das kantonale Tiefbauamt Strassensammlerschlämme weiterhin über regionale Entwässerungsanlagen entsässern, steht dem Betrieb dieser Anlagen nichts entgegen.

*Tomaschett:* Ich bin von der Anfrage teilweise befriedigt und möchte gern die Diskussion.

*Antrag Tomaschett*  
Diskussion

*Standespräsidentin Favre Accola:* Sie haben gehört, Grossrat Tomaschett wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall, Sie können sprechen.

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Tomaschett:* Engrazieli fetg alla Regenza per la risposta, la quala cuntenta mei, sco jeu hai gia detg, per part. Sch'ins sa dar ina nota, dess quella nota 7,5 da 10, immerhin. Sco gia menziunau en mia damonda, ei in regulativ en rama d'in scriver digl Uffeci da natira e d'ambient adressaus allas vischnauncas, il motiv da mia interenziun. Quei scriver han tut las vischnauncas el perimeter dil cantun Grischun survegniu questa stad, respectiv la primavera vargada. Ei va en quei affar per la dismessa da rumients dallas vias che duein vegnir transportai per part entochen il cantun Sogn Gagl. Quei caschuna naven da l'auter onn cuosts supplementars pel cantun, aber era per las vischnauncas. Sedecidius da far quella damonda sun jeu, suenter ch'jeu hai legiu avon cuort temps en in medium svizzer la suandonta realitad. Diese Realitad muss ich aber in deutsch vorbringen. Und hören Sie gut zu, denn es hat tatsächlich etwas Wahres in sich. Die Recyclings-Industrie hat heutzutage für alle Fälle so viele neue Einfälle, dass neue Abfälle längst keine Zufälle mehr sind. Jetzt können Sie sich fragen, stimmt das oder hat er Recht? *Heiterkeit.*

Pia, la damonda ei suenter quella tesa crei jeu legitimada. Fertion che l'administraziun ha sedau breigia d'argumentar bein il co, aber era il dacum ch'il niev regulativ va en vigur, ein els buc entrai en l'emprema damonda, che monescha ch'ei fust stau caussa dalla Regenza da prender ina tala decisiun che ha influenza sillas vischnauncas e buc mo semplamein in scriver en fuorma d'ina disposiziun digl Uffeci d'ambient e da natira. Sch'ins ei commember d'ina executiva communal, s'auda ei vi dalla lavur da mintgadi dad analizar ils camonds che vegnan da suregniu. E sche tals ein necessaris, sche vess jeu ussa

spitgau dalla Regenza ina disposiziun e buc mo il num-  
nau scriver dall'administraziun. Las cefras ni era il vo-  
lumen dallas dismissas da rumients dallas vias, che la  
risposta dalla Regenza muossa si ella risposta, ein inte-  
ressantas e per mei era impressiunontas. E tuttina prendel  
jeu per enconuschientscha, ch'il cantun ha buc il volu-  
men per s'organisar enteifer il perimeter grischun, cun in  
indrez d'evaluaziun e dad elavuraziun. E cun tons kilo-  
meters via el perimeter da nies cantun vegn quei basegns  
probabel pli baul ni pli tard ad esser fact e semussar e leu  
beneventass jeu lu in agir dil cantun da vegnir activs.  
Cun cuntentientscha hai jeu priu vinavon enconuschient-  
scha, ch'ils stabiliments d'allontanar l'aua vegnan vina-  
von possibilitai ellas regiuns, sche jeu sbagliel buc ein  
quei sis regiuns, en sis regiuns ein ils stabiliments per  
part fatgs da regiuns ni era da persunas privatas ni da  
firmas privatas. En quei senn eis ei era da sperar, ch'il  
regulativ da quellas deponias per allontanar l'aua vegn  
tenius bass, che quei ball vegn tenius bass – quei ei quei  
regulativ – e che quellas deponias vegnien segiradas era  
vinavon. Ei fa gie pauc senn da transportar aua giu el  
cantun Sogn Gagl, per quei vein nus il Rein. Enco-  
nuschentamein duei il stadi metter bunas cudiziuns da  
rama a sesez, aber era all'economia. E gest cun segirar ils  
stabiliments d'allontanar l'aua fa el in bien exempel en  
quella direcziun. En quei senn engraziell jeu a cusseglier  
gubernativ Jon Domenic Parolini per Vies engaschi en  
caussa e salidel Vus cordial.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Gibt es weitere  
Wortmeldungen aus dem Rat? Ich stelle fest, dass dies  
nicht der Fall ist. Entsprechend erteile ich Regierungsrat  
Parolini nun das Wort.

*Regierungsrat Parolini:* Grazcha pel votum, grond cus-  
glier Tomaschett. Quai chi ha disturbà in prüma lingia ad  
El, cha l'uffizi communichescha quai a tuot ils cumüns e  
na la Regenza, es in fuond üna roba simpla. No nu vain  
ingün spazi giuridic da trar ün'otra decisiun sün nivel, ne  
dal departamaint ne da la Regenza. Id es ün stuvair  
exequir, quai chi'd es gnü decis sün nivel federal, da la  
Confederaziun. Cha a partir dals 1. schner 2026 stopcha  
quai gnir allontanà e per part eir apunta reciclà da manie-  
ra chi nu fa don a l'ambaint. E perquai ha quai pac sen  
cha quel scriver vain da la Regenza. Eir scha forse il  
respet da tschertüns füss stat ün pa plü grond. Ma id es  
ligiont per mincha cumün, e mincha cumün sto obedir e  
verrer da gnir davo a quista pretaisa chi'd es prescritta  
tenor ledscha. Id es uschea, chi's stuvarà nöglia be ra-  
massar e tour oura l'aua – quai es il prüm pass chi vain  
fat cun blers da quists s-charts – cha quai vain fat in  
Grischun ed i dà üna carta, ingio chi's vezza in Grischun

in che lö cha quai vain fat, opür in üna regiun – la regiun  
Surselva fa quai svesa – uschigliö i'l chantun vaina tuot  
plü o main interpraisas privatas chi fan quai. E no  
respuondain cha no nu vezzain, cha'l chantun dvainta  
activ e fess eir il prossem pass. Quai vuol dir il pass da  
l'elavuraziun da quist s-chart, eir davo chi'd es tut oura  
l'aua aint in quels differents lös, sco cha la carta quia  
demuossa. No eschan però da l'avis cha i füss bun, scha  
in avegnir, davo cha tuot il Grischun, tuot ils cumüns, il  
chantun e tuot quels oters chi prodüan eir amo da quists  
s-charts sün via – cha'l volumen es bler plü grond e chi  
nu's stess plü ir opür giò San Galla opür giò'l Tessin a  
laschar elavurar quai. Cha üna interpraisa privata – no  
eschan eir per far l'administraziun plü schlanc co pussi-  
bel e surlaschar quai, cha üna interpraisa privata po far,  
quella. Cha üna da quellas dvantess activa e spordschess  
eir quel pass da metter in pè ün implant d'elavuraziun.  
Na l'ultim, per cha las distanzas davent dal Puschlav e  
Samignun – ston ir uossa ad elavurar propi, tour oura,  
reciclar quella roba – fin giò San Galla opür giò'l Tessin.  
Quai sun lungas distanzas. Perquai füssa salüdaivel, scha  
sül nivel d'üna interpraisa privata gniss s-chaffi eir quel  
pass a lunga vista i'l chantun Grischun.

*Standespräsidentin Favre Accola:* Im Rahmen des Un-  
terrichts im Fach Allgemeinbildung haben uns heute drei  
Klassen Fachangestellte Gesundheit der BGS hier im  
Grossen Rat besucht. Aktuell befindet sich die FaGe 24d  
mit 16 Lernenden auf der Tribüne. Herzlich willkommen  
hier im Grossen Rat. Leider muss ich Sie nun enttäu-  
schen. Wir sind heute so schnell vorangekommen und  
haben bereits die letzte Anfrage behandelt und ich werde  
nun, nachdem wir diese letzte Anfrage behandelt haben,  
die Grossrätinnen und die Grossräte frühzeitig in den  
Feierabend entlassen. Aber vielleicht findet die eine  
Grossrätin oder der andere Grossrat noch etwas Zeit, mit  
den Schülerinnen und Schülern auf der Tribüne zu ver-  
bringen und Fragen zu beantworten.

Schluss der Sitzung: 15.35 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls  
durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Valérie Favre Accola

Der Protokollführer: Patrick Barandun